

Defizite bei Faschismusanalyse

Zum Schwerpunkt Rechtsradikalismus in hlz 1-2/2012. Kritik der Psycho-Deutung des Neofaschismus und ein Buchtipp zum Thema!

Kritik

Es ist notwendig, sich dieser Thematik anzunehmen, wenn Nationalisten aus Liebe zum Vaterland Ausländer hassen oder gar umbringen. Das Selbstlob der Demokratie als 'Bollwerk gegen Faschismus' fällt in sich zusammen. Statistische Erhebungen zeigen, dass 20% „dieser Republik antisemitisch eingestellt“ (hlz 1-2012) sind und ausländerfeindliches Gedankengut „unter Kirchen- und Gewerkschaftsmitglieder(n), Anhänger(n) demokratischer Parteien ... Menschen aus der Mitte der Gesellschaft“ (Decker/Brähler, 2006) weit verbreitet ist. Bedingungslose Klärung der Gründe für solche Denkweisen und Taten ist angesagt. Dieser Gesellschaft und ihrer „Ordnung“ ist 'auf den Zahn zu fühlen'. Daran mangelt es u.a. in der „hlz-Notiz“:

Verklärung durch Psychoanalyse

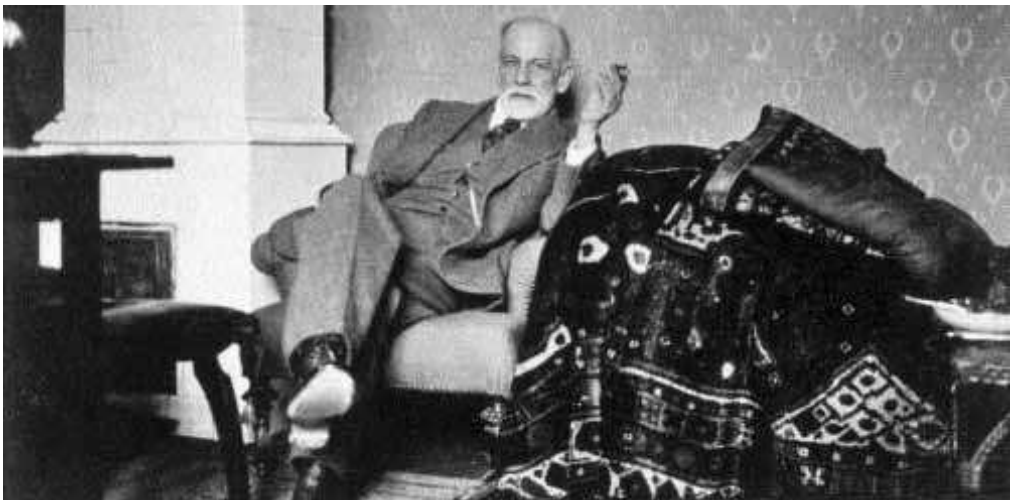
Das Heranziehen der „psychoanalytische(n) Sicht“ trägt nicht zur Erklärung des Phänomens bei, denn das Konstrukt der „narzisstische Kränkung“ ist nicht der Grund für die unterschiedlichen Formen der Vorbehalte gegenüber Fremden bis zum Fremdenhass und seiner mörderischen Ausprägung. Schon der Titel der Notiz „Der Feind in uns“ – einem Naturgesetz folgend – fußt auf dem Fehler, dass da eine Instanz unabhängig vom Willen und Bewusstsein agiert. Der Mensch ist dem ausgeliefert, sein Handeln determiniert. Die Theorie bemüht Kräfte und Instanzen im „Seelenapparat“, die fernab bestimmter Zwecke, die der Fremdenfeind sich setzt, ihr Unwesen treiben.

Der korrekte argumentative Einstieg, die realpolitische Rede

von der „Leitkultur“, mündet in „Überlegenheit“ gegenüber Nicht-Deutschen, wird kassiert, wenn „handgreiflich(e)“ Reaktionen von „verunsicherten und Angst besetzten Menschen“ ihren „Selbsthass“ an „Fremden“ auslassen. Schon eigenartig die Metamorphose von Selbst- in Fremdenhass. Welch Logik, wenn raffinierte Unterdrückungsformen, denen die Menschen ausgeliefert sein sollen, diese ängstigen, ihre Angst schlägt in Hass gegen die eigene Person um, der soll bewirken, dass sie auf Leute gleicher und schlechterer prekärer Lage eindreschen.

Angst vor dem Fremden

Auch mit der Annahme einer „xenophoben Einstellung“, also die Angst vor dem Fremden, wird der Fehler der psychologischen Betrachtungsweise als Begrün-



„Wir erklären: Kein Fußbreit diesem Herrn!“

dung der Ausländerfeindlichkeit fortgesetzt. Der falsche Beweis, die Stellung der Menschen zu Nichtdeutschen sei auf eine im Menschen tief verwurzelte Wirkkraft gegen alles Fremde zurückzuführen, ist ein Zirkelschluss. Der Beweis wird tautologisch mit sich selbst geführt. Bekannt als verkehrte psychologische Maxime: eine Schlägerei wird als „aggressive“ Tat aus ihrem Aggressionspotential begründet. Nicht der Nationalist setzt Ausländerwohnheime in Brand oder betätigt sich als Claqueur bei dieser Aktion, sondern die tief verwurzelte Angst vorm Fremden bewirkt dieses.

Gesinnungstäter

Dann doch ein Hinweis auf die faschistische „Gesinnung“, die diese Taten befördert. Einer politischen Stellung, der einiges an der durchgesetzten Ausländerpolitik einleuchtet. Die scheidet und sortiert nämlich die Menschen in In- und Ausländer und macht damit gegen letztere Vorbehalte geltend. Ihr Rechtsstatus, mit dem sie die deutsche Staatsgewalt ausstattet, ist somit ein anderer als der der eingeborenen Bevölkerung. Sie gehören einer anderen Staatsgewalt an, das macht sie per se verdächtig, illoyal der hiesigen gegenüber zu sein. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die Internierung der in den USA lebenden Japaner nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour. Aus dieser Minderberechtigung ziehen nicht wenige Mitglieder der demokratischen Volksgemeinschaft den Schluss der Minderwertigkeit, sie wähen sich gegenüber diesem Menschen-schlag überlegen. Sie dulden sie zähneknirschend und nicht wenige denunzieren den staatlichen Umgang mit Nichtdeutschen als zu lasch. Sie beschimpfen sie als „Sozialschmarotzer und Knoblauchfresser“ und sind mit dem „Standpunkt so vieler deutscher Vaterlandsfreunde“ einig, „die

sich diese Verdachtshaltung gegenüber allem Ausländischen in eine Schuldfrage übersetzt haben: Schuld an Arbeitslosigkeit und Verarmung, an Drogenkriminalität und „Parallelgesellschaften“, die in Deutschland Unordnung, Verwahrlosung und Volkszerrüttung anrichten, haben dann eben erstens die Ausländer und zweitens deutsche Politiker mit ihrer verfehlten Ausländerpolitik.“

Innen geht die staatliche Abschiebepaxis mit Schengener Abkommen, Abschiebelagern und Grenzsicherung nicht weit genug. Sie wollen Deutschland ausländerfrei und legen selbst Hand an. Laut Recherchen der Amadeo-Stiftung wurden seit Beginn der Neunziger Jahre 181 Menschen mit Migrationshintergrund zu Tode geprügelt oder von der NSU gezielt hingegerichtet. In der NPD sehen diese Volksgenossen die konsequenteste Politik am Werk, sie bezichtigen die demokratische Politik des Volksverrats. Mit Spruchbändern auf Demos gegen Hartz IV, Lohnabbau, Arbeitslosigkeit und Kriege treten sie gegen tatsächliche Missstände auf. Andere erfinden sie: so den Staat als Opfer von Globalisierung und der Realwirtschaft als Opfer der Casino mentalität des Finanzkapitals. Sie kritisieren die „ungerechte“ Verteilung des Reichtums und wollen vom Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital nichts wissen. Sie sehen einen Mangel im Lohnraub, aber nicht im Lohn und in der Profitgier, aber nicht im Profit.

Politische Sortierung und die Folgen

Die Politik scheidet Ausländer in „unnützlich“ und „nützlich“ für das Kapitalwachstum und den Nationalreichtum. Mal „durchrassen“ Ausländer das deutsche Volk“, dann ist „das Boot zu voll“, so schüren Politiker die Fremdenfeindlichkeit. Eine 'Mauer um Europa' – meter-

hoch und mit Stacheldraht versehen –, komplementiert durch Grenzsicherung von Frontex mit Schnellbooten und sensibelsten Suchgerätschaften, den Umgang mit unerwünschten „Wirtschaftsflüchtlingen“. Und so macht jeder dieser Nationalisten bis zu den Mordbanden dieses feindselige staatliche Handeln zu seiner Überzeugung mittels seiner politischen Gedanken bis hin zur Inszenierung des Privatkrieges. Wenn die unbefugte Gewalt Handlungsbedarf sieht, weil die befugte Gewalt lediglich rechtsstaatlich mit Rückführprämien, Rentenansprüchen außer Landes bis hin zu Nacht- und Nebelabschiebungen agiert, folgen die Nationalisten ihrer Herrschaft nur härter und brutaler. So drangsalieren diese erfolgreich politisierten Menschen mit anderem Pass, die genau wie sie einen Niedriglohn oder nur Hartz IV erhalten. Sie sind Mitglieder eines überlegenen Volkes, deren Vorzugsstellung sich aus dem Reichtum und der Machtfülle ihrer Nation speist - ohne selbst in den Genuss dieses Reichtums zu kommen.

„Ängste um den Arbeitsplatz“

Als weiterer Grund wird „objektive (A)ngst um den Arbeitsplatz“ für die Praxis der Fremdenfeindlichkeit angeführt. Neofaschisten drücken es unumwundener aus: „Ausländer nehmen den deutschen die Arbeitsplätze weg!“

Beim Arbeitsplatzklau-Argument „handelt es sich nicht um eine arbeitsmarktpolitische Aussage“ und ihre Sorge gilt nicht der geringen Zahl von Arbeitsplätzen im Vergleich zu den Arbeitssuchenden. Wenn es darum ginge, allen denen, die vom Lohn ihr Leben bestreiten müssen, eine solche Einkommensquelle zu beschaffen, müssten sich all diese sozialen Charaktere – unabhängig von ihrer Nationalität – zusammentun und



von einem „nationalistischen Standpunkt“ zu sprechen. Die Parole berücksichtigt auch nicht das gesellschaftliche Verhältnis in dem die Arbeitsplatzbewerber zueinander treten – die Konkurrenz. Die Situation in der Konkurrenz widerlegt auch die Aussage, Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeit weg. Beide stehen nämlich den wirklichen Arbeitsplatzbesitzern, den Betriebseigentümern jedweder Art, gegenüber. Die haben die ökonomische Macht, die Konkurrenz zwischen den Nachfragern für sich „erpresserisch auszunutzen.“ Je größer die Zahl der Nachfrager wird, je mehr Macht zur Erpressung haben sie. Herausgekommen sind so ein veritabler Niedriglohnsektor und das Heer der Arbeitslosen. Die Betriebe gehen bei Einstellungen kosmopolitisch vor, sie urteilen nach „Brauchbarkeitskriterien“: wer bringt für wenig Geld welche Leistung. „Produktiver Arbeiter zu sein, ist daher kein

Glück, sondern ein Pech“, so die Aussage von Marx im Kapital schon vor weit über 100 Jahren.

Zur Buchempfehlung:

Diese Parole und weitere Urteile von Nationalisten und Neofaschisten untersucht F. Huisken, emeritierter Professor der Erziehungswissenschaft der Uni Bremen, der seine Forschung über Nationalismus, Rassismus, neuem und altem Faschismus über Jahrzehnte betrieben und publiziert hat, u. a. in seinem gerade erschienenen Buch.

Fazit: Wer das nationale „Wir“ („Wir sind Weltmeister!“ „Wir sind Papst!“) nicht aufs Korn nehmen will, der wird mit und ohne NPD-Verbot gegen nationalistisches und faschistisches Gedankengut nicht überzeugend vorgehen können.

F: BERNHARDT, R. GOSPODAREK
Ruheständler

Stellungnahme siehe Seite 64

etwas dagegen unternehmen. Das wäre ein Interesse geleitetes Vorhaben. Wenn die Politik unter Blüm Ende der neunziger Jahre eine Bevorrechtigung für Deutsche vor der Beschäftigung von Flüchtlingen erließ, die zwar gerichtlich wieder aufgehoben wurde, jedoch in Praxis weiterhin angewendet wird, dann ist

Keine Zukunft für Nazis und Rassismus!



Informations- und Mobilisierungsveranstaltung der GEW Hamburg zum geplanten **Naziaufmarsch am 2. Juni**. Mit Informationen zur norddeutschen Nazi-Szene und Berichten aus der Arbeit des GEW Bleiberechtsausschusses.

Dienstag, 22.05.2012 um 19:00

Ort: GEW Landesverband, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg

Kritische Bildung und Rassismuskritik. Rassismuskritische Bildung als subjektbezogene Bildungsarbeit in Verhältnissen von Differenz und Dominanz.

Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Annita Kalpaka. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe ‚kritische bildung und ...‘ von April - Juni 2012.

Organisiert und den GEW Studis Hamburg und KARaNo.

Mittwoch, 06.06.2012 um 19:00

Ort: Universität Hamburg, Erziehungswissenschaft, Von-Melle-Park 8, EG

Link: <http://kritischebildung.tk> & <http://karano.wordpress.com>

Wir unterstützen den **Aufruf des Hamburger Bündnisses gegen Rechts** und haben vor, am Tag des geplanten Naziaufmarsches eine eigenen Veranstaltung anzumelden.